

# DEUTSCHE ZOLL- UND FINANZGEWERKSCHAFT

Mitglied im DBB - Beamtenbund und Tarifunion

**Bezirksverband Berlin-Brandenburg**

Red. Uwe Büttner / OV Potsdam



[www.bdz-bb.de](http://www.bdz-bb.de)

11/2008

Info vom 4. März 2008



## **Einkommensrunde 2008 öffentlicher Dienst – Zweite Welle von Warnstreiks rollt bundesweit - Stöhr: Wir brauchen echtes Geld in der Lohntüte**

**Mit bundesweiten Aktionen haben Beschäftigte des öffentlichen Dienstes am 4. März 2008 noch einmal unmissverständlich klar gemacht, dass sie an ihrer Einkommensforderung von acht Prozent, mindestens aber 200 Euro monatlich mehr festhalten. Warnstreiks und Protestkundgebungen gab es unter anderem in Kiel, Hamburg, Hannover und Berlin. Für den 5. und 6. März, an dem die fünfte Runde der Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen in Potsdam anberaumt ist, sind weitere Protestaktionen angekündigt.**

dbb Verhandlungsführer Frank Stöhr sagte vor Demonstranten am Bundesinnenministerium in Berlin, es müsse endlich ein seriöses Angebot auf den Verhandlungstisch. „Wir brauchen Geld in der Lohntüte, mit dem wir Strom, Benzin, Miete und das tägliche Leben bestreiten können“, so Stöhr. „Deshalb geben heute mehrere hundert Kolleginnen und Kollegen hier demonstrativ ihre ‚Lohntüten‘ an den Bundesinnenminister zurück. Lohnverluste von 14,5 Prozent in zehn Jahren - das nehmen wir auf keinen Fall hin. Genug gespart! Wir wollen richtiges Geld in die Lohntüten bekommen“, sagte Stöhr.

Die Beschäftigten hätten genug von der „Leere-Kassen-Rhetorik“, machte Stöhr klar, die Kassen seien nicht leer. Beamte und Arbeitnehmer hätten ihren Beitrag geleistet, um den öffentlichen Dienst konkurrenzfähig zu halten. „Jetzt jedoch muss Schluss ein mit dem Sparzwang!“

Stöhr wertete die erste Warnstreikwelle Mitte Februar als Erfolg; sie sei auch auf Sympathien bei der Bevölkerung gestoßen. Da Bund und Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) bislang keinerlei Kompromissbereitschaft signalisierten, könne es vielleicht einen langwierigen Arbeitskampf geben. Dafür sei „Gemeinsamkeit ein Schlüsselwort.“

**Wir müssen gemeinsam handeln - Beamte und Tarifer, Beschäftigte des Bundes und der Kommunen, dbb und ver.di.“**